

Deutsch-Französische Erklärung

**Europa braucht keinen Wettbewerbspakt
Merkel-Sarkozy,
sondern einen politischen Kurswechsel
für ein faires und gerechtes Europa**

Berlin, 14. März 2011



Im Laufe der nächsten Wochen wird der Europäische Rat die Grundlinien der haushalts- und wirtschaftspolitischen Steuerung im Rahmen des wirtschaftspolitischen Koordinierungszyklus des „Europäisches Semesters“ beschließen. Der DGB und die französischen Gewerkschaftsorganisationen (CGT, CFDT, FO, UNSA, CFTC) äußern gemeinsam mit dem EGB fundamentale Kritik an den derzeitigen Vorschlägen, insbesondere im Hinblick auf den Vorstoß von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy für einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“,

Seit langem fordern diese Gewerkschaften eine größere Konvergenz der Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der Europäischen Union. Die aktuelle schwierige Lage einiger Euro-Länder und der Anstieg der Ungleichheiten und der Prekarität bestärken uns in dieser Position. Aber die Stabilisierung des Euros und die politischen Maßnahmen, die sich daraus ableiten, müssen auf wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und sozialen Fortschritt abzielen.

Wir sprechen uns nachdrücklich gegen eine Wirtschaftsregierung aus, die auf einem verengten Konzept von Wettbewerbsfähigkeit basiert und auf stagnierende oder sogar sinkende Löhne setzt.

Die Vorschläge zur Senkung der Mindestlöhne, zur Abschaffung der Indexierungssysteme und die Nichtberücksichtigung der Inflation sind Angriffe auf die Rechte von ArbeitnehmerInnen und auf die Autonomie der Sozialpartner im Bereich der Tarifverhandlungen. Insgesamt müssen die unterschiedlichen nationalen Tarifsysteme gewahrt bleiben.

Wir sprechen uns gegen eine „Europäischen Schuldenbremse“, gegen eine wachstumshemmende Austeritätspolitik und gegen den Vorschlag für eine automatische Anpassung der Rentensysteme an die demographische Entwicklung aus.

Die aktuellen Pläne für die Wirtschaftsregierung und der Merkel-Sarkozy-Pakt verstoßen gegen eine Reihe von Prinzipien des europäischen Primärrechts. Die Verträge verpflichten die Union Ungleichheiten zu bekämpfen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, die nationalen Tarifsysteme zu respektieren und die Autonomie der Sozialpartner zu wahren und geben der Europäischen Union keine Kompetenzen im Bereich der Lohnpolitik. Mit den Vorschlägen im Bereich Lohnpolitik des Merkel-Sarkozy-Paktes befindet sich Europa auf dem Holzweg.

Eine Wirtschaftsregierung kann nicht allein auf dem Ziel der Haushaltskonsolidierung beruhen. Europa muss gleichzeitig Wirtschaftswachstum und sozialen Fortschritt fördern und braucht deshalb einen radikalen Kurswechsel. Ein Festhalten an der falschen Politik zugunsten der Marktkräfte gefährdet die Stabilität des Eurosystems und führt zu massiven ökonomischen, politischen und sozialen Verwerfungen für alle beteiligten Ländern.

Wir betrachten es deshalb als unabdingbar,

- die Tarifautonomie der Sozialpartner zu bewahren bzw. die Tarifautonomie, wie dies in Deutschland der Fall ist, in die nationalen Verfassungen aufzunehmen,
- den sozialen Zusammenhalt und das soziale Fundament Europas dadurch zu stärken, dass prekäre Arbeitsverhältnisse durch existenzsichernde nationale Mindestlöhne abgeschafft werden und der Niedriglohnsektor ausgetrocknet wird,
- dass auf dem Arbeitsmarkt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ am gleichen Ort gilt, unabhängig vom Status eines Arbeitnehmers (Leiharbeiter, Saisonarbeiter...). In Europa darf es keine sozial benachteiligten ArbeitnehmerInnen 2. Klasse geben,
- dass eine Politik der Haushaltskonsolidierung die fiskalpolitische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten und damit öffentliche Investitionen und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme nicht gefährdet,
- dass die gemeinsame Steuerpolitik auf einer Harmonisierung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage und der Festlegung eines Mindestsatzes basiert. In dieser Hinsicht geht die Ankündigung der Kommission einen Richtlinienentwurf zur „gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage“ vorstellen zu wollen um den Binnenmarkt zu reformieren, einen ersten Schritt in die richtige Richtung,
- dass statt wachstumshemmenden Austeritätspolitiken und europäischer Schuldenbremse ein ambitioniertes Innovations- und Investitionsprogramm zur flächendeckenden Förderung nachhaltiger Zukunftsinvestitionen beschlossen wird, um Europa mit moderner Infrastruktur, zukunftsfähigen Industrien, qualitativ hochwertigen Dienstleistungen sowie Bildungsangeboten zu versorgen.

Staatliche Zielvorgaben für die Tarifverhandlungen oder gar staatlich verordnete Lohnkürzungen lehnen wir ab und werden wir bekämpfen.

Weil für die ArbeitnehmerInnen in der Europäischen Union viel auf dem Spiel steht, müssen die Sozialpartner zu den Reformvorhaben der EU-Mitgliedstaaten konsultiert werden.